

**NIEDERSCHRIFT**

**über die 31. Sitzung des Rates**

vom:	<b>25.09.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>20:30 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweis, Großer Sitzungssaal</b>

**Anwesend waren:**

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender zu TOP 6, 7, 17 und 18 öT

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried - als Vorsitzender zu TOP 5 öT

Stv Al-Omary, Falk - bis 21.00 Uhr (TOP 5 nöT)

Stv Bertelmann, Hans-Günter

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm

Stv Klöpperpieper, Rolf

Stv Krombach, Ulrich

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Morgenschweis, Thomas

Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schiemer, Hansgeorg - ab 17.17 Uhr (w. TOP 4.4)  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred - bis 20.07 Uhr (w. TOP 19)  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga - ab 17.56 Uhr (w. TOP 4.6)  
Stv Siebel, Helmut - bis 21.08 (w. TOP 5 nöT)  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus - bis 21.30 Uhr (TOP 6 nöT)  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Müller, Marianne

## III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD Lehmann  
Städt. VR Dorsch  
VA Schneider  
Dipl.-Ing. Rohr  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
Dipl.-Ing. Brede  
Stl z. A. Witt  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Müller, Heinz  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

## **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird um die Punkte 4.7, 18.2 und 19 erweitert.

### **1.      Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Jacob bestimmt.

### **2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.07.2002**

Die Niederschrift wird bei Stimmenhaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

### **3.      Fragestunde**

#### **3.1.    Haushalt 2003**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

#### **3.2.    Prioritätensetzung beim Einsatz der Feuerwehr am 28.08.2002**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 31.08.2002

Die Antwort von Herr Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

#### **3.3.    Gebührenerhöhungen durch Währungsumstellung**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.09.2002

Herr Baumeister erklärt, dass in 2001 eine Vielzahl von Umstellungen vorgenommen wurden, die jedoch nicht mit Gebührenerhöhungen verbunden waren. Einige Beträge mussten aus praktikablen Gründen geglättet werden, was teilweise auch zu Reduzierungen geführt hat.

#### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

##### **4.1. Bearbeitung der Anträge zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch das Eine-Welt-Forum**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.08.2002

Herr Boller führt aus, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung mit der Überprüfung der Anträge und der Erarbeitung eines Beschlussvorschlages beauftragt hat. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ist der Ansicht, dass diese Aufgaben dem EWF zurückübertragen werden sollten, um die Verwaltung zu entlasten. Für die nach der Ablehnung einiger Projekte verbleibenden Mittel sollte das Eine-Welt Forum einen neuen Verteilungsvorschlag vorlegen.

Herr Bertelmann vertritt die Auffassung, dass der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses Bestand behalten sollte. Dem Antrag kann er nicht zustimmen.

Frau Fries bringt das Bedauern der SPD-Fraktion über das Verfahren zur Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss zum Ausdruck. Die Bewertung der Entwicklungsprojekte sei teilweise nicht nachvollziehbar. Dennoch sollte dieser Beschluss nicht aufgehoben werden. Sie bittet um getrennte Abstimmung über die beiden Punkte des Antrages.

#### **Beschluss (über den Antrag)**

1. Der Rat der Stadt Siegen überträgt dem Eine-Welt Forum Siegen-Wittgenstein auch künftig die Begutachtung und Bearbeitung der Anträge zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit gemäß den Förderrichtlinien. Die vom Eine-Welt Forum bewerteten Anträge werden dann - wie bisher - im Rahmen einer Verwaltungsvorlage dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (16 Stimmen dafür)**

2. Die durch die Ablehnung von fünf Anträgen im Haupt- und Finanzausschuss nicht verausgabten Mittel werden nicht an das Land zurückgegeben. Sie werden vielmehr in einem neuen Verfahren der entwicklungspolitischen Arbeit zur Verfügung gestellt. Über einen entsprechenden Verteilvorschlag des Eine-Welt Forums befindet der Haupt- und Finanzausschuss.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (10 Stimmen dafür)**

#### 4.2. Umsetzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung

Antrag der UWG-Fraktion vom 21.08.2002

Herr Bertelmann betont, dass dringend die Ordnung und Sauberkeit in der Stadt Siegen verbessert werden müsse. In einigen Grünanlagen seien die Zustände für Besucher unzumutbar. Daher sei es erforderlich, einen Bußgeldkatalog aufzustellen und diesen auch in der Praxis umzusetzen. Die zusätzlichen Reinigungsarbeiten, die regelmäßig stattfinden, werfen ungerechtfertigte Kosten auf.

Die Kontrolle und Durchsetzung von Bußgeldern sei außerordentlich personalaufwendig, so Herr Kirchhöfer. Diesbezüglich wäre zunächst eine entsprechende Darstellung durch die Verwaltung erforderlich. Die Überwachung des Verkehrsbereiches darf jedoch nicht vernachlässigt werden.

Herr Walter kann den Antrag unterstützen. Die Verunreinigungen, sowohl im Stadtgebiet als auch in den Außenbereichen nehmen seines Erachtens überhand. Daher sollte der Bußgeldkatalog zur Abschreckung veröffentlicht werden.

Herr Gunter Mues ist der Ansicht, dass hier ein gesellschaftliches Problem vorliegt. Die Lösungsansätze sollten bereits in den Schulen beginnen. Auch er sieht Schwierigkeiten bei der personellen Umsetzung des Antrages.

Frau Strunk hält es für richtig, den Arbeitskreis Stadtökologie mit diesem Thema zu befassen, um ein Konzept zur Umsetzung der ordnungsbehördlichen Verordnung zu entwickeln. Es geht nicht nur um die geringfügigen Verunreinigungen durch Passanten, sondern z. B. auch um die Bestrafung bei wilden Müllablagerungen.

Herr Baumeister weist darauf hin, dass für die Verfolgung von Müllverursachern zusätzliches Personal eingesetzt und Ressourcen geschaffen werden müssen. Gemeinsam mit der Polizei werden seit längerem Kontrollen durchgeführt, Sonderstreifen bei Veranstaltungen eingesetzt und die Täter zur Rechenschaft gezogen.

Herr Bürgermeister Stötzel hat bislang nur positive Rückmeldung von auswärtigen Besuchern bezüglich der Sauberkeit in der Stadt Siegen bekommen. Der Bahnhofsbereich wird regelmäßig gesäubert, ähnlich wie die Fissmer Anlage, die regelmäßig kontrolliert und gereinigt wird.

Bezug nehmend auf den Bereich Bahnhofstraße und Bahnhofsvorplatz weist Herr Walter erneut darauf hin, dort größere Müllkörbe aufzustellen.

Herr Mues schlägt vor, stichprobenhafte Kontrollen im Stadtgebiet durchzuführen. Hierüber sollte sich allerdings der Fachausschuss Gedanken machen.

Frau Strunk beantragt, ein Konzept zur Durchsetzung der ordnungsbehördlichen Verordnung zu erstellen.

**Beschluss (über den Antrag von Frau Strunk):**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein differenziertes Konzept zur Durchsetzung des § 14 der ordnungsbehördlichen Verordnung unter Berücksichtigung des Antrages zu erarbeiten und den zuständigen Gremien vorzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, (10 Stimmen dafür), 7 Enthaltungen**

**Beschluss (über den Antrag der UWG-Fraktion):**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ahndung von Verunreinigungen in der Stadt Siegen entsprechend der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen vom 19.05.1999 in der Fassung der 1. Änderungsordnung vom 29.11.2001, umzusetzen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**4.3. Spende des Rates für die Flutopfer**

Antrag der UWG-Fraktion vom 01.09.2002

Herr Bertelmann ändert seinen Beschlussvorschlag zu Punkt 1 dahingehend, eine Empfehlung zur Spende der Sitzungsgelder abzugeben. Punkt 2 ist ihm persönlich sehr wichtig. Wenn jedoch gegen die ausschließliche Verwendung für eine kommunale Einrichtung in den großen Überschwemmungsgebieten Bedenken bestehen könnte auch ein Teil der Spenden Siegener Flutopfern zukommen.

Die Herren Kirchhöfer und Walter weisen darauf hin, dass sich jeder Einzelne für die Flutopfer einsetzen und spenden kann. Daher besteht keine Notwendigkeit die Sitzungsgelder zur Verfügung zu stellen. Herr Kirchhöfer ergänzt, dass im Übrigen jedes einzelne Rats- und Ausschussmitglied einen Rechtsanspruch auf die Zahlung von Sitzungsgeld hat, über den der Rat sich nicht hinwegsetzen kann. Darüber hinaus besteht keine Veranlassung, Fraktionszuwendungen über das Notwendige hinaus in Anspruch zu nehmen.

Herr Gunter Mues bemerkt, dass die Einsparungen bei den Fraktionszuwendungen an die Stadtverwaltung zurückgezahlt werden müssen. Dem Antrag kann er nicht zustimmen.

Herr Groß schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an.

Herr Bertelmann zieht Punkt 1 des Beschlussvorschlages zurück.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen fordert die Fraktionen auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, einen selbst zu bestimmenden Betrag aus den Zuwendungen für das Jahr 2002 einzusparen und zweckgebunden an die Verwaltung zurückzugeben. Darüber hinaus beschließt der Rat der Stadt Siegen, die hierdurch eingesparten Beträge für die Flutopfer zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird den Rat am Ende des Jahres über die Höhe der zur Verfügung gestellten Gelder in nichtöffentlicher Sitzung unterrichten.

Die gesamten Beträge sind für die Sanierung und Instandsetzung einer besonders betroffenen kommunalen Einrichtung der Jugend- oder Sozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Auswahl übernimmt die Stadtverwaltung in eigener Verantwortung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (3 Stimmen dafür), 0 Enthaltungen**

**4.4. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung**

Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2002

Herr Baumeister erläutert, dass die Verwaltung diese Angelegenheit geprüft hat. In den Bürgerbüros wird die Beglaubigung von Zeugniskopien bürgerfreundlich gehandhabt. Da eine formelle Satzungsänderung mit Kosten verbunden ist schlägt er vor, in einer internen Verfügung den Billigkeitstatbestand nach § 5 der Gebührensatzung zu konkretisieren.

- ◆ Der Antrag ist angesichts der Zusage der Verwaltung erledigt.

**4.5. Beteiligung der Behindertenbeauftragten bei städtischen Planungen und Maßnahmen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.09.2002

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält es für erforderlich, so Herr Groß, die Position der Behindertenbeauftragten dahingehend aufzuwerten, dass diese selbständig eigene Stellungnahmen ohne vorherige Genehmigung durch die Dienst vorgesetzten abgeben können. Darüber hinaus sollten u. a. alle Baumaßnahmen den Behindertenbeauftragten zur Stellungnahme vorgelegt werden. Nach Auffassung seiner Fraktion können sich so auch die politischen Gremien ein eigenes Urteil über behindertengerechte Maßnahmen bilden.

Die Stellungnahme von Herrn Lehmann ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass die Vorgesetzten die verschiedenen Anforderungen innerhalb der Gesamtverwaltung, wie z. B. die wirtschaftliche Verwaltungsführung, bei der Aufbereitung von Fachthemen koordinieren. Diese Aufgabe würde bei Unterstützung des Antrages den politischen Gremien zufallen.

Herr Groß legt Wert darauf, die ungefilterte Meinung der Behindertenbeauftragten zu erfahren um selbst Schlüsse daraus ziehen zu können. Im übrigen wurde der Antrag aus dem Wahlprogramm der CDU entwickelt.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass die Behindertenbeauftragten jederzeit im Rat oder den Ausschüssen zu einzelnen Punkten gehört werden können. Die einheitliche Verwaltungsführung sollte jedoch im Vordergrund stehen.

Herr Kirchhöfer hält eine Koordination der einzelnen Verwaltungsaussagen für sinnvoll und wird dem Antrag nicht zustimmen.

Auch die CDU-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen, so Herr Mues.

Herr Bertelmann merkt an, dass die nicht behindertengerechte Ausführung einiger Baumaßnahmen die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung der Behindertenbeauftragten erkennen lässt. Diesbezügliche Hinweise in den Ausschüssen hält er daher für sinnvoll.

Herr Krombach betont, dass auch bei einer eigenen Stellungnahme der Behindertenbeauftragten den Beigeordneten die Möglichkeit der eigenen Meinungsäußerung offen bleibt. Er bittet um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Die Bauverwaltung wird sich an die Bauvorschriften halten und wenn nötig den Behindertenbeauftragten einschalten, so Herr Walter.

### **Beschluss (über den Antrag)**

1. Zu jeder öffentlichen Baumaßnahme sind die Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen künftig zu hören. Die Behindertenbeauftragten prüfen die behindertengerechte Planung und Umsetzung der Maßnahmen.

### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (7 Stimmen dagegen)**

2. Die Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen können künftig zu allen die Behinderten in der Stadt Siegen betreffenden Angelegenheiten separate Stellungnahmen gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit abgeben.

### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (11 Stimmen dafür), 20 Enthaltungen**

#### **4.6. Lärmschutz für das Wohngebiet an der A 45 im Stadtteil Gosenbach**

Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2002

Herr Walter erklärt, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird, da sie bereits Anfang der 90er Jahre dieses Anliegen vorgebracht hatte. Der Wall entlang der Autobahn ist seinerzeit durch die Stadtverwaltung relativ schnell errichtet worden. Für einen effektiven Lärmschutz ist jedoch eine Wand unabdingbar.

Herr Brune berichtet, dass letztmals im Frühjahr 2001 der zuständige Baulastträger auf die Lärmbelastung in Gosenbach hingewiesen worden ist. Seitens des Autobahnamtes wurde auf die große Anzahl der dort vorliegenden Anträge verwiesen, wodurch sich die Beantwortung verzögert habe. Er weist darauf hin, dass der Wall seinerzeit nicht als Lärmschutz errichtet wurde, da der Baulastträger damit eine Bringschuld anerkannt hätte. Die Verwaltung wird dieser Angelegenheit weiter nachgehen und dem Rat Bericht erstatten.

Herr Boller wird dem Antrag zustimmen. Ein Widerspruch ist aber bei der Forderung zum sechsspurigen Ausbau der A 45 und der möglichst kurzfristigen Errichtung einer Lärmschutzwand, die nur unmittelbar entlang der Fahrbahn sinnvoll ist, erkennbar.

Herr Jacob verdeutlicht anhand genauer Messdaten die Situation in Gosenbach. Er bittet die Verwaltung nachdrücklich, bis in drei Monaten einen Bericht vorzulegen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Verhandlungen mit dem Baulastträger der Bundesautobahn A 45 über die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Stadtteils Gosenbach aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die ursprünglich vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen wieder aufzugreifen und mit den zuständigen Behörden die zügige Realisierung durchzusetzen.

**Beratungsergebnis: einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

#### **4.7. Fußgängerbrücke über die Sieg in Siegen-Eiserfeld**

Antrag der UWG-Fraktion vom 11.09.2002

Herr Bertelmann zieht den Antrag zurück, da bereits Sanierungsmaßnahmen eingeleitet worden sind.

**5. Projektpatenschaft "terre des hommes"**

Vorlagenr. 2201/2002 - Vorlage vom 06.09.2002

Herr Groß erinnert an das Zustandekommen der Patenschaft und stellt das aktuelle Projekt von terre des hommes in Mozambique vor. Er betont, dass in diesem Fall die Zuschüsse unmittelbar an die entsprechende Einrichtung fließen, womit auch dem Wunsch der CDU-Fraktion Rechnung getragen wird.

Frau Fries bedauert persönlich die Aufgabe der Patenschaft, zumal der Zuschuss sehr gering ist.

Herr Dorsch weist darauf hin, dass seitens des Eine-Welt Forums gebeten wurde, die Förderung der Projektpatenschaft nicht mehr aus den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit vorzunehmen. Sofern die Patenschaft mit einer finanziellen Unterstützung fortgesetzt werden solle, erbittet er die separate Einrichtung einer Haushaltsstelle hierfür.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Projektpatenschaft mit „terre des hommes“ zu beenden und keine Zuschüsse aus der Förderung von kommunalen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2002 zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (23 Stimmen dagegen), 2 Enthaltungen**

**6. Einwohnerversammlung in dem Stadtteil Eisern am 21. November 2002**

Vorlagenr. 2205/2002 - Vorlage vom 10.09.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einwohnerversammlung am 21. November 2002 und stimmt der Tagesordnung für die Einwohnerversammlung in dem Stadtteil Eisern zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**7. Unterrichtung des Rates über nicht ausgeführte Beschlüsse (01.07.2001 - 30.06.2002)**

Vorlagennr. 2162/2002 - Vorlage vom 09.09.2002

Herr Groß verweist darauf, dass folgende, seines Wissens nicht umgesetzte Beschlüsse, nicht aufgeführt sind:

- Bericht über die Arbeit der GSS im HFA
- Aktionsprogramm Lokale Agenda (aus Vorjahren)
- Förderrichtlinien der Stadt Siegen im Internet

Die Verwaltung wird die Hinweise aufgreifen, so Herr Baumeister.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

**8. Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und Landesförderung  
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug**

Vorlagennr. 2025/2002 - Vorlage vom 23.05.2002

Frau Dellori gibt einen kurzen Bericht über die Maßnahme.

Eine statistische Auswertung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die CDU-Fraktion befürwortet diese Qualifizierungsmaßnahme, da insbesondere junge Frauen in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können, so Frau Höpfner-Diezemann. Sie fragt, wie die Verwaltung in den Fällen reagieren will, wo keine Rückmeldung der Sozialhilfeempfängerinnen erfolgt ist.

Frau Strunk sieht in der Maßnahme ein gutes Beispiel für die Vernetzung verschiedener regionaler Akteure und dankt der Gleichstellungsstelle für den Einsatz. Sie spricht die fehlenden Kapazitäten für eine Individualberatung an und gibt zu bedenken, dass eine Gegenfinanzierung der Personalkosten durch eingesparte Sozialhilfe erreichbar wäre.

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt die Qualifizierung, so Frau Nauck. Auch sie möchte wissen, ob die Sozialhilfeempfängerinnen, die der Aufforderung zur Teilnahme nicht nachgekommen sind, mit Leistungskürzungen rechnen müssen.

Frau Schwarz-Schumann hält es für wünschenswert, wenn künftige Projekte im Rahmen der regionalen Entwicklungsförderung aus dem Politikfeld "Qualifizierung" statt aus dem Feld "Frauen" gefördert werden könnten, da damit der Gender-Ansatz unterstrichen würde.

Frau Dellori erläutert hinsichtlich möglicher Sanktionen, dass entsprechend einer Vereinbarung mit dem Träger der Sozialhilfe die Betroffenen auf die Mitwirkungspflicht und die Möglichkeit von Leistungskürzungen hingewiesen wurden. Die Entscheidung trifft der Leistungsträger. Bezüglich einer individuellen Unterstützung bzw. Beratung ist mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der städtischen Sozialverwaltung abgestimmt worden, wie andere Hilfestellungen gegeben werden können. Beim Arbeitsamt wurde die Weiterförderung der 1/2 Stelle aus EU-Mitteln beantragt. Sie erhofft diesbezüglich eine positive Entscheidung.

Ergänzend ist zu berichten, dass die Servicestelle Kinderbetreuung erstmals aus dem Politikfeld A gefördert wurde.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Berichterstattung zum Qualifizierungsprojekt für Frauen im Sozialhilfebezug - Verkäuferin in Teilzeit - zur Kenntnis. Die Kooperations- und Finanzierungsstruktur - Sozialhilfeträger - Arbeitsamt und EU-Förderung über das Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, Gleichstellungsstelle und DAA Deutsche Angestellten Akademie wird aufgrund der gebündelten fachlichen und finanziellen Ressourcen begrüßt.

Die Weiterförderung des für arbeitslose Frauen sehr wichtigen sozialpädagogischen Dienstes zum beruflichen Wiedereinstieg und die Berichterstattung zur Arbeit in 2001 nimmt der Rat der Stadt zur Kenntnis.

Beide Maßnahmen sind praktische Bausteine zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit innerhalb der regionalen Arbeitsmarktpolitik .

## 9. Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports

Vorlagenr. 2058/2002 - Vorlage vom 21.08.2002

### Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Richtlinien der Stadt Siegen für die Förderung des Sports gemäß Vorlage mit folgenden Änderungen entsprechend neu zu fassen:

zu Ziffer 2.21 b): statt der 5.000 € Baukosten wird die Summe **3.000 €** eingesetzt

zu Ziffer 2.25: Der Satz „für die Reihenfolge der Bewilligung...“ wird gestrichen. Statt dessen wird eingefügt: „**Anträge für das laufende Jahr Haushaltsjahr müssen spätestens am 30.09. eingegangen sein**“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**

**10. Modernisierung der Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental**

Vorlagennr. 2079/2002 und Vorlage Nr. 2079/2002 A - Vorlagen vom 01.07. und 23.08.2002

Herr Dr. Rohr berichtet, dass vom VfB Weidenau eine Liste über die Eigenleistungen mit einer Summe von 51.183 € vorgelegt und durch die Fachabteilung geprüft und bestätigt wurde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde es begrüßen, wenn beide Plätze im gleichen Standard saniert werden könnten, so Herr Krombach. Für den Ausbau als Kunstrasenplatz sprechen die niedrigen Folgekosten.

Herr Walter befürwortet grundsätzlich einen Ausbau als Kunstrasenplatz. Er hat jedoch Bedenken, dass die erheblichen Eigenleistungen bei der notwendigen Sanierung anderer Plätze, wie z. B. Helsbach und Rosengarten, von den Vereinen nicht erbracht werden können. Dieser Faktor könnte sich letztlich nachteilig auswirken.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass die Höhe der Eigenleistungen aus den Verhandlungen resultiert und auch vor dem Hintergrund der besonderen Situation gesehen werden muss. Für den Sportplatz Helsbach sollen Fördermittel für 2003 beantragt werden. Grundsätzlich wird künftig die Eigenleistung der Vereine unverzichtbar sein.

Herr Baumeister macht darauf aufmerksam, dass für die Sanierung der beiden Plätze nicht unerhebliche Mittel aufzubringen sein werden und darüber hinaus auch noch Maßnahmen im Leimbachstadion, im Hallenbad Löhrtor und in den übrigen Bädern zu finanzieren sind. Er betont, dass die Sanierung von Anlagen auf so hohem Niveau angesichts der Haushaltslage nicht weitergeführt werden kann.

Bezüglich der Finanzierung des Eigenanteils von 100.000 € sieht er keine konkrete Maßnahme, bei der die Mittel eingespart werden können. Es bestünde lediglich vorläufig die Möglichkeit, den Betrag von 100.000 € bei einer Maßnahme, die in 2002 nicht mehr in dieser Höhe kassenwirksam wird, abzuzweigen. Dies hätte jedoch eine Neuveranschlagung in 2003 zur Folge.

Herr Schulze verweist auf die Zielsetzung in den bisherigen Beratungen, die Anlagen gleich zu behandeln. Insoweit ist es sehr zu begrüßen, dass auf Grund der Eigenleistungen nunmehr eine positive Entscheidung getroffen werden kann.

Die UWG-Fraktion befürwortet es grundsätzlich, beide Plätze im gleichen Standard auszubauen, so Herr Otto. Es ist aber auch zu bedenken, dass die Abwägungskriterien, die auch von den Vereinen selbst eingebracht wurden, zukünftig für die anderen Vereine eine sehr hohe Messlatte darstellen. Er hält es daher für erforderlich, generelle Beurteilungskriterien zu erarbeiten.

Hinsichtlich der Maßnahme im Charlottental ist darauf hinzuweisen, dass sich der Platz in einer topographisch schwierigen Lage befindet, nicht der Normgröße entspricht und nur mit erheblichen Eigenleistungen als Kunstrasenplatz ausgebaut wer-

den kann. Die UWG-Fraktion spricht sich aus diesen Gründen dafür aus, die Glückauf-Kampfbahn entsprechend der Variante 1 und den Sportplatz im Charlottental entsprechend der Variante 2 zu realisieren.

Herr Mues sieht durchaus eine Möglichkeit, den Eigenanteil in 2002 zu finanzieren. Erfahrungsgemäß ist im Übrigen eine Deckung aus nicht kassenwirksam werdenden Mitteln zu erwarten. In der Abwägung ist die Haushaltslage als ein Faktor einzubeziehen, im Ergebnis spricht er sich für die Umsetzung beider Maßnahmen in gleichem Standard aus.

Herr Kirchhöfer regt diesbezüglich an, die Finanzierung über eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung für 2003 vorzunehmen.

Zum Zeitplan erklärt Herr Brune, dass die Ausschreibung vorbereitet und der Baubeginn in 2002 erfolgen muss. Die Höhe des tatsächlichen Mittelabflusses in diesem Jahr ist nicht einzuschätzen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für die Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental wie folgt:

#### **1. Glückauf-Kampfbahn**

- 1.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.
- 1.2 Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.
- 1.3 Die Rundlaufbahn erhält einen Tartanbelag. Es werden vier Rundlaufbahnen und an beiden Längsseiten 100-m-Laufbahnen angelegt.
- 1.4 Die Segmente werden asphaltiert. In ein Segment wird eine Weitsprunganlage mit zwei Anlaufbahnen in Tartanausführung gebaut.

#### **2. Charlottental**

##### **1. Alternative aus Vorlage Nr. 2079/2002 A**

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

Die Kosten betragen 295.000 €

Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.

Die Kosten betragen 431.000 €

Gesamtkosten **726.000 €**

Die nicht etatisierten Mittel in Höhe von 100.000 € werden über eine Verpflichtungs-ermächtigung bereitgestellt.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (7 Stimmen dagegen - UWG, FDP),  
4 Enthaltungen**

#### **11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002**

Vorlagenr. 2165/2002 - Vorlage vom 26.08.2002

Herr Baumeister verweist auf aktuelle Ereignisse, die den Haushalt beeinträchtigen werden. Die geplanten Aktienveräußerungen werden bei der derzeitigen Lage am Aktienmarkt nicht die erwarteten Erlöse einbringen, sollten aber nicht unter Wert veräußert werden.

Auch die Starkregenereignisse vom 28.08.2002 werden den städtischen Haushalt mit mindestens 1 Mio. € belasten, ohne das ein geeigneter Deckungsvorschlag zugrunde liegt.

Herr Bürgermeister Stötzel berichtet ergänzend über die Bemühungen, für die Beseitigung der Schäden auf Grund des Starkregenereignisses eine finanzielle Unterstützung des Landes zu erhalten. Nach anfänglich positiven Zeichen des Landes NW ist nunmehr deutlich, dass mit einer konkreten Zusage nicht gerechnet werden kann.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **12. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals 2002**

Vorlagenr. 2143/2002 - Vorlage vom 26.07.2002

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1)	131.193,51 €
im Vermögenshaushalt (Anlage 2)	565.436,65 €

13. **I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**  
hier:
- **Ergänzung der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002**
  - **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
  - **Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil B (westlicher Teil)**
  - **Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 "Giersberg-Ost" Teil A als Satzung**

Vorlagennr. 1854/2002 A - Vorlage vom 19.08.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW verlassen Herr Kirchhöfer und Herr Prof. Dr. Holzäpfel den Sitzungsraum.

Frau Strunk vertritt die Auffassung, dass u. a. durch den Ausschluss der Biotopflächen die Grundzüge der Planung an mehreren Stellen berührt werden. Das Problem der Ausgleichsflächen ist nicht eindeutig geregelt. Eine verlässliche Kostenkalkulation für die Ausgleichsflächen ist weder für Teil A, noch bei Hinzukommen des Teil B gegeben. Sie hält es daher für erforderlich, das Urteil des Verwaltungsgerichtes betreffend den Teil B abzuwarten.

Die Verkehrserschließung für den ÖPNV ist fraglich, da keine Durchgangsstraßen geplant sind. Auch die soziale Infrastruktur ist nicht zu vernachlässigen. Angesichts der großen Anzahl an Wohneinheiten wird ein entsprechender Bedarf für einen Kindergarten bestehen, der aber erst neu eingeplant werden müsste. In der Entwässerungsplanung sind weder für den Teil A noch für den Teil B entsprechende Versickerungsflächen vorhanden. Darüber hinaus ist die Anschlusskanalisation in Bürbach ihres Erachtens für die zu erwartenden Schmutzwassermengen zu gering ausgelegt. Sie warnt bereits heute vor rechtlichen Schritten durch die Anlieger.

Sie beantragt abschließend, den Teil A des Bebauungsplans zu überarbeiten und das Urteil zum Teil B abzuwarten.

Herr Brune merkt an, dass eine Diskussion über Details in den Fachausschüssen geführt werden müsste. Verwaltungsseitig wurden im Haupt- und Finanzausschuss angesprochene Einzelfragen dort beantwortet. Die Grundzüge der Planung, d. h. die Art der Nutzung, die überbaubare Fläche, das Maß der Nutzung und die Erschließung sind unverändert. Der Teil A ist Bestandteil der Gesamtplanung und insofern lediglich eine Teilrealisierung vorgesehen. Grundsätzlich ist die Bauleitplanung eine Angebotsplanung, die nicht zwingend umgesetzt werden muss. Dies trifft auch auf die Errichtung eines Kindergartens zu. Hinsichtlich der Ausgleichsflächen wurden im Teil A und im Teil B die Grenzziehungen so vorgenommen, dass die jeweiligen Flächen in dem Gebiet realisiert und finanziert werden. Wenn der Biotopschutz hinzukommen sollte, wird er zusätzlich zu finanzieren sein. Dies hatte er im Haupt- und Finanzausschuss bereits deutlich gemacht. Im Übrigen ist die Teilrealisierung von Bebauungsplänen z. B. zur Steuerung der Siedlungsentwicklung übliche Praxis.

**Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Plangebiet Teil A in seinen durch die Teilung des Gesamtplans hervorgerufenen Anpassungs- und Änderungsbedarfen neu zu überarbeiten und
2. das Urteil des Verwaltungsgerichtes abzuwarten und auf dieser Grundlage die Planung vorzunehmen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür), 3 Enthaltungen****Beschluss (über den Verwaltungsvorschlag):**

- a) Der Rat der Stadt Siegen nimmt zur Kenntnis, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.  
  
(gem. Ziffer 1.1 der Vorlage Nr. 1854/2002)
- b) Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der Vorlage 1854/2002 beigefügten Abwägung zu behandeln, die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung.  
  
(gem. Ziffer 1.2 der Vorlage Nr. 1854/2002)
- c) Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziffer 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854/2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.  
  
(gem. Ziffer 1 der Vorlage Nr. 1854/2002 **A**)
- d) Der Rat der Stadt Siegen beschließt, das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" wird in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zur Vorlage 1854/2002 A zu teilen.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung.

(gem. Ziffer 2 der Vorlage Nr. 1854/2002 **A**)

- e) Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Begründung zu Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3 zur Vorlage 1854/2002

(gem. Ziffer 1.5 der Vorlage Nr. 1854/2002)

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stv Morgenschweis), 5 Enthaltungen**

14. **Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;**  
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
  - Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
  - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden
  - Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung
  - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 "Im Boden"

Vorlagenr. 1997/2002 - Vorlage vom 10.06.2002

Vorlage Nr. 1997/2002 A - Vorlage vom 07.08.2002

Vorlage Nr. 1997/2002 B - Vorlage vom 09.09.2002

Vorlage Nr. 1997/2002 C - Vorlage vom 16.09.2002

Vorlage Nr. 1997/2002 D - Vorlage vom 21.09.2002

Herr Schulte verweist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und beantragt: "Für die nördlich der Straße "Am Tredenber" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 wird der Flächennutzungsplan geändert mit dem Ziel, dort ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagene Wohnbebauung zu ermöglichen."

Herr Brune erläutert bezüglich der Notwendigkeit der Änderung des Flächennutzungsplanes bei Einbeziehung der genannten Flächen nördlich der Straße "Am Tredenber", dass nach Aussage der Bezirksregierung die Aufnahme einer Bauzeile als aus dem FNP entwickelt angesehen werden kann. Wenn aber die gesamte Fläche als Bauland hinzu kommt, ist eine FNP-Änderung erforderlich.

Herr Bertelmann regt an, bei einer FNP-Änderung auch die in der Fortsetzung der Straße "Am Tredenber" südlich angrenzenden Flächen zu berücksichtigen.

Herr Jacob verweist ergänzend auf einen Vorschlag in der Sitzung des Bezirksausschusses, auch die westlich des Flurstücks Nr. 15 bis an den vorhandenen Wirtschaftsweg gelegenen Flächen aufzunehmen.

Herr Boller nimmt Bezug auf die stadtentwicklungspolitische Argumentation und ist der Meinung, dass der Bedarf für die Ausweisung von insgesamt drei Neubaugebie-

ten in Oberschelden - auch unter Berücksichtigung der vorhandenen Baulücken - nicht nachgewiesen ist. Zudem sind im Ort keine hinreichenden Infrastruktureinrichtungen vorhanden.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Kirchhöfer fest, dass die Realisierung der Baugebiete "Am Siegenberg" und "Vor der Hohler" eine ausreichende Abrundung des Ortsbildes ermöglichen und dieser Vorlage daher nicht zugestimmt wird.

Herr Schulte entgegnet, dass nunmehr eine seit langen Jahren angestrebte Schaffung von Wohnbauflächen zur Abdeckung des örtlichen Bedarfs realisiert werden soll und keine zeitliche Verzögerung durch Hinzunahme weiterer Grundstücke erwünscht ist.

Herr Bürgermeister Stötzel schlägt vor, im Bauausschuss über den räumlichen Umfang der FNP-Änderung zu beraten.

#### **Beschluss (über den Antrag von Herrn Schulte u. a.):**

Für die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17, sowie evtl. aus der Beratung des Bauausschusses hinzuzunehmender weiterer Flurstücke, wird der Flächennutzungsplan geändert mit dem Ziel, dort ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagene Wohnbebauung zu ermöglichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorlagen vorzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen - SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 1 Enthaltung**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Vorlagen Nr. 1997 / 2002, Nr. 1997 / 2002 A, Nr. 1997 / 2002 B und Nr. 1997 / 2002 C mit folgendem Wortlaut:

1. Die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997 / 2002 als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) zu behandeln. Die Stellungnahme 8 auf Seite 7 der Anlage 5 entfällt ersatzlos. Der Anregung um Aufnahme der Flurstücke 15, 17, 193 und 194 in das Plangebiet Nr. 250 wird nicht entsprochen.
2. Die nachträglich vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997 / 2002 A als Anlage 2 beigefügten Stellungnahmen 1 und 2 (Abwägung) zu behandeln. Die Stellungnahme 2 der Anlage 2 entfällt ersatzlos.

Der Anregung des Einwenders Am Tredenbergs 4 vom 13.07.2002 wird entsprochen; die Flurstücke 15, 17, 193 und 194 werden aus dem Plangebiet Nr. 250 herausgenommen.

3. Das Flurstück 83 der Flur 9, Gemarkung Oberschelden, wird nicht in das Bebauungsplangebiet Nr. 250 "Im Boden" aufgenommen gemäß Vorlage Nr. 1997 / 2002 A, Anlage 2, Stellungnahme 1, und Vorlage Nr. 1997 / 2002 B.
4. Das Schreiben der Interessengemeinschaft für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in Oberschelden vom 08.09.2002, Anlage 1 der Vorlage Nr. 1997 / 2002 C, wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Forderung der Interessengemeinschaft für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in Oberschelden, die Offenlegung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" zu stoppen, wird zurückgewiesen gemäß Vorlage Nr. 1997 / 2002 C.
6. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1 der Vorlage Nr. 1997 / 2002 ohne die nördlich der Straße "Am Tredenbergs" gelegenen Flurstücke 15, 17, 193 und 194) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergs", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft.
7. Die nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" gemäß Vorlage Nr. 1997 / 2002 A:

#### 7.1 Seite 9 der Begründung

##### **Punkt 8 - Ver- und Entsorgung**

Der erste Absatz wird um den folgenden Satz ergänzt:

Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt:

Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

#### 7.2 Seite 14 der Begründung

##### **Merkmale der Auswirkungen auf die natürlichen Schutzgüter**

Der vierte Absatz wird gemäß der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 11.07.2002 wie folgt neu formuliert:

Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Das nicht als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser wird in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Der vorhandene Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

8. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung gemäß Vorlage Nr. 1997 / 2002.
9. Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7) der Vorlage Nr. 1997 / 2002 zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen - SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 1 Enthaltung**

15. **Satzung der Stadt Siegen vom 22.05.2002 über die Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.;**  
**Beitrittsbeschluss gem. Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 10.07.2002**

Vorlagenr. 2185/2002 - Vorlage vom 19.08.2002

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

§ 2 Buchstabe b der Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 -V. 134- wird durch folgende Sätze ergänzt:

*Das Flurstück 144 verbleibt insgesamt im Eigentum der Stadt Siegen. Die Veräußerung des Grundstückes bedarf der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde. Eine städtebauliche Neuordnung und Erschließung, die das Flurstück 144 und die benachbarten Grundstücke insgesamt mit einschließen, bleibt unberührt.*

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**16. Ausbau der Fludersbachstraße  
hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung  
- Dringlichkeitsentscheidung -**

Vorlagennr. 2140/2002 - Vorlage vom 16.07.2002

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wendet sich nicht gegen den Straßenausbau als solchen, so Herr Groß, lehnt aber den Finanzierungsvorschlag ab. Der schlechte Straßenzustand ist auf die Abfallpolitik des Kreises zurückzuführen. Statt die Anwohner zu Kostenbeiträgen heranzuziehen sollte dieser einen höheren Beitrag leisten.

Herr Morgenschweis teilt die Auffassung seines Vorredners ausdrücklich.

Herr Walter sieht in dem Straßenausbau keine Lösung des Problems und befürchtet vielmehr, dass sich der Kreis dann nicht weiter um einen alternativen Deponiestandort bemühen wird.

Herr Brune stellt klar, dass sich der Anteil der Anwohner nur auf den Ausbau der Gehwege erstreckt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 05.08.2002:

Die Unterzeichner beschließen, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 GO NW:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9546.7 - 37, Ausbau Fludersbachstraße, Baukosten - wird eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 650.000 € überplanmäßig gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 81 Abs. 1 GO bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten -.

Die durch diese VE sowie die gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehenden Mehrkosten (zusätzlicher Stadtanteil) in 2003 und 2004 werden bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 eingeplant.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 6 Enthaltungen**

**17. Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III. 1  
hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 2195/2002 - Vorlage vom 29.08.2002

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, so Herr Groß, dass der vorgesehene Kreisel unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten unnötig ist.

Herr Schulze bemängelt, dass die Abzweigungen Siemensstraße und Südstraße nur schlecht angebunden werden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.651.9503.5 - 26 K 4, Brüderweg/Oststraße, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.050.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 GO.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 - 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 - 2006 haushaltsverträglich eingeplant.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (9 Stimmen dagegen), 8 Enthaltungen**

**18. Ausschussneubesetzungen****18.1. Vorschläge für die Entsendung beratender Mitglieder des Seniorenbeirates in die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 2184/2002 - Vorlage vom 26.08.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt in den:

Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Helga Mücke als beratendes Mitglied sowie Herrn Hans-Joachim Miether als Stellvertreter

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Friedrich Burk als beratendes Mitglied sowie Herrn Horst Mahle als Stellvertreter

Jugendhilfeausschuss

Herrn Rolf Holdinghausen als beratendes Mitglied sowie Herrn Friedrich Burk als Stellvertreter

Bauausschuss

Herrn Hans Berner als beratendes Mitglied sowie Herrn Manfred Wurm als Stellvertreter

Verkehrsausschuss

Herrn Manfred Wurm als beratendes Mitglied sowie Herrn Heinrich Killet als Stellvertreter

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

Herrn Eberhard Schnutz als beratendes Mitglied sowie Herrn Dr. Jochen Münch als Stellvertreter

Kulturausschuss

Frau Hildegard Neumann als beratendes Mitglied sowie Herrn Dieter L. Melitzki als Stellvertreter

Sport- und Bäderausschuss

Herrn Rolf Holdinghausen als beratendes Mitglied sowie Herrn Wolfgang Vetter als Stellvertreter

Hallenausschuss

Herrn Hans Berner als beratendes Mitglied sowie Herrn Hans-Joachim Miether als Stellvertreter

Feuerschutzausschuss

Herrn Manfred Wagener als beratendes Mitglied sowie Herrn Ernst Gottwald als Stellvertreter

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herrn Ernst Gottwald als beratendes Mitglied sowie Herrn Heinrich Rinsdorf als Stellvertreter

Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid

Herrn Bernd Alberts als beratendes Mitglied sowie Frau Renate Titze als Stellvertreterin

Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau

Herrn Eberhard Schnutz als beratendes Mitglied sowie Herrn Dr. Jochen Münch als Stellvertreter

Bezirksausschuss III – Siegen-Ost

Frau Helga Mücke als beratendes Mitglied sowie Herrn Manfred Wurm als Stellvertreter

Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte

Frau Hildegard Neumann als beratendes Mitglied sowie Herrn Jürgen Ritter als Stellvertreter

Bezirksausschuss V – Siegen-West

Herrn Friedrich Burk als beratendes Mitglied sowie Herrn Ernst Gottwald als Stellvertreter

Bezirksausschuss VI – Siegen-Süd

Herrn Rolf Kretzer als beratendes Mitglied sowie Herrn Rolf Holdinghausen als Stellvertreter

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**

**18.2. Ausschussneubesetzung**

**hier:**

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie; Ausschuss für Schul- und Bildungswesen; Bezirksausschuss I**

Vorlagennr. 2228/2002 - Vorlage vom 24.09.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt in den

1. Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herrn Marc Klein (s. B.) als ordentliches Mitglied

2. Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Frau Christa Schlenther (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

3. Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Frau Viktoria Dittert als stellvertretendes Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung****19. Finanzierung der Auswirkungen der Starkregenfälle im Stadtgebiet**

Vorlagenr. 2215/2002 - Vorlage vom 16.09.2002

Herr Mues merkt an, dass ausweislich der Vorlage im letzten Haupt- und Finanzausschuss über nicht ausgeführte Beschlüsse die Maßnahme Naherholungsgebiet Numbach endlich zur Ausführung kommen soll. Es ist für ihn völlig unverständlich und nicht akzeptabel, dass nunmehr ohne Rücksprache mit den politischen Gremien ein Teil der Mittel zur Schadensbehebung eingesetzt werden soll.

Herr Baumeister erläutert, dass der Verdienstausschlag für den Einsatz der Feuerwehr durch die Stadt übernommen werden muss. In der Diskussion steht noch eine Forderung des Kreises für die Deponierung von Erdmaterial. Für die Inanspruchnahme externer Dienststellen entstehen keine weiteren Kosten.

Die Maßnahme Numbach konnte seines Erachtens als disponibel angesehen werden. Er betont, dass der Spielraum zur Finanzierung ohne eine Neuverschuldung äußerst begrenzt ist.

Herr Boller zeigt ebenfalls Unverständnis für die Inanspruchnahme der Mittel für das Naherholungsgebiet Numbach und schlägt vor, die Haushaltssperre zu dieser Position aufzuheben. Bezüglich der Planungskosten für die Neue Mitte Eiserfeld weist er darauf hin, dass mit dieser Maßnahme einvernehmlich möglichst bald begonnen werden sollte. Er ist überzeugt, dass Einsparmöglichkeiten bei anderen Ansätzen vorhanden sind und im Übrigen im Rahmen der Bewirtschaftung erfahrungsgemäß Haushaltsreste entstehen, die herangezogen werden könnten.

Herr Baumeister macht deutlich, dass die jeweiligen Ansätze vorläufig gesperrt werden mussten, um die außergewöhnlichen Ausgaben finanzieren zu können. Hinsichtlich der Planungskosten für Eiserfeld werden verwaltungsseitig Überlegungen angestellt, wie ein Haushaltsansatz in 2003 gebildet werden kann.

Herr Kirchhöfer merkt an, dass die Haushaltssperre zwar nicht erfreulich, aber erforderlich ist. Anderenfalls ist seines Erachtens eine Neuverschuldung nicht zu umgehen.

Herr Mues ist der Meinung, dass die eingeplanten Mittel für den Busbereitstellungsplatz eingesetzt werden könnten, da ein Fortschritt in dieser Angelegenheit nicht erkennbar ist.

Herr Baumeister weist darauf hin, dass bei dieser Maßnahme nur der städtische Anteil von 20 % zur Verfügung stünden und dieser bereits zur Finanzierung anderer Projekte herangezogen wurde.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den verfügbaren Maßnahmen zur vorläufigen Finanzierung der aus den Starkregenfällen entstandenen Schäden Kenntnis.

Der Rat der Stadt Siegen hebt gem. § 28 GemHVO die in der Vorlage ausgewiesene Haushaltssperre für HSt. 1.591.9502.3 - 1 Naherholungsgebiet Numbach - Siegen-Mitte -, Baukosten - auf.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (17 Stimmen dagegen), 3 Enthaltungen**